



- es gilt das gesprochene Wort -

Basel gehört allen – nicht einer kleinen Minderheit

von Joël Thüring, Grossrat SVP und e. Grossratspräsident

Wir haben heute viel darüber gesprochen, was die Initiative konkret verlangt, was solche Ausschreitungen für die Polizei bedeuten und weshalb Freiheit immer auch Verantwortung voraussetzt. Ich möchte zum Schluss den Blick auf diejenigen richten, die in dieser Diskussion erstaunlich oft nur am Rand vorkommen: Auf die grosse Mehrheit der Basler Bevölkerung.

Auf die Menschen, die morgens zur Arbeit fahren. Auf Gewerbetreibende und Gastronomen, die ihre Geschäfte öffnen. Auf Kunden, die an einem Samstag in die Innenstadt kommen. Auf Touristen und Hotelgäste. Und nicht zuletzt auf die Steuerzahler, die am Ende sehr häufig die Rechnung bezahlen.

Basel erlebt seit Jahren eine hohe Zahl unbewilligter Demonstrationen. Und natürlich sagt der Regierungsrat, dass er bereits heute etwas dagegen tue. Er setzt auf Gespräche, Koordination, Polizeipräsenz und ein lageabhängiges Vorgehen.

Nur: Auf unsere Frage, wie viele unbewilligte Demonstrationen in den vergangenen Jahren tatsächlich verhindert oder aufgelöst wurden, konnte die Regierung keine Zahlen nennen. Eine entsprechende Datenerhebung existiert nicht. Das zeigt für mich exemplarisch, wo wir heute stehen. Das Problem wird verwaltet. Wir wollen, dass es endlich angegangen wird.

Und die Auswirkungen dieses Problems erleben wir gerade in der Innenstadt sehr konkret. Wer dort ein Geschäft oder ein Restaurant betreibt, kann seinen Betrieb nicht einfach für ein paar Stunden an einen anderen Ort verschieben.

Wenn Strassen blockiert werden, wenn Tramlinien umgeleitet oder unterbrochen werden, wenn Menschen die Innenstadt meiden, dann hat das Folgen. Dann fehlt dem Detailhändler Kundschaft. Beim Gastronomen bleiben Tische leer. Ein Tourist kommt am Bahnhof an und weiss nicht, wie er zu seinem Hotel gelangt. Mitarbeitende kommen verspätet zur Arbeit. Und all diese Menschen haben mit der Demonstration überhaupt nichts zu tun. Sie bezahlen ihre Mieten weiter. Sie bezahlen ihre Löhne. Sie bezahlen ihre Steuern. Und im schlimmsten Fall bezahlen sie auch noch für Schäden und für den Polizeieinsatz.

Gerade deshalb ist für mich etwas an dieser Kampagne besonders wichtig: Die Anti-Chaoten-Initiative ist längst nicht einfach eine Angelegenheit der SVP. Ja, wir haben diese Initiative lanciert. Dazu stehen wir. Aber schauen Sie sich an, wer heute mit uns dafür einsteht.

Unserem Komitee gehören unter anderem der Präsident des Gewerbeverbands Basel-Stadt und der Präsident des Wirteverbands Basel-Stadt an. Dazu kommen zahlreiche Gewerbetreibende und Persönlichkeiten aus unterschiedlichen politischen Parteien. Im Komitee engagieren sich Menschen aus verschiedenen Parteien wie der SVP, der FDP und der Mitte. Auch unser Kampagnenflyer zeigt bewusst Stimmen aus Politik, Gewerbe, Gastronomie und von direkt betroffenen Innenstadt-Unternehmern. Diese breite Unterstützung kommt nicht von ungefähr.

Denn die Menschen, die im Alltag mit den Auswirkungen unbewilligter Demonstrationen konfrontiert sind, erleben die Situation möglicherweise etwas anders als diejenigen, die sie nur abstrakt diskutieren.

Politisch ist die Ausgangslage trotzdem klar: Der Regierungsrat lehnt unsere Initiative ab. Auch eine sehr grosse Mehrheit des Grossen Rates empfiehlt ein Nein. Aber es gibt eben auch eine Ausnahme: Die FDP Basel-Stadt hat neben der SVP Basel-Stadt die Ja-Parole beschlossen. Der Entscheid der Mitte Basel-Stadt war nicht einstimmig und bei der EVP als auch der Jungen GLP wurde Stimmfreigabe beschlossen.

Wenn man unseren Gegnern zuhört, hört man nämlich immer wieder dasselbe. Gewalt? Natürlich sind sie dagegen. Sachbeschädigungen? Selbstverständlich auch. Belastungen für Bevölkerung und Gewerbe? Findet niemand gut. Hohe Polizeikosten? Ebenfalls bedauerlich. Nur wenn wir eine konkrete Initiative vorlegen, mit der etwas geändert werden soll, heisst es plötzlich: Nein, so nicht. Dann muss die Frage erlaubt sein: Wie denn sonst?

Die LDP beispielsweise bezeichnete das Anliegen unserer Initiative im Grossen Rat ausdrücklich als sehr berechtigt, hielt aber unseren Lösungsweg für falsch. Als Pascal Messerli anschliessend fragte, welche eigenen Vorstösse denn zur Lösung dieses Problems eingebracht worden seien, konnte kein einziger entsprechender Vorstoss genannt werden.

Und genau das ist für mich der Kern dieser Abstimmung. Das Problem wird anerkannt. Aber handeln will man nicht. Deshalb haben am 27. September nicht Regierung und Parlament das letzte Wort. Die Baslerinnen und Basler haben es. Sie können entscheiden, ob wir einfach weitermachen wie bisher – oder ob künftig ein einfaches Prinzip stärker gelten soll: Wer randaliert und Kosten verursacht, soll dafür geradestehen. Nicht die Allgemeinheit. Unsere Stadt gehört den Menschen, die hier leben, arbeiten, einkaufen, Gäste empfangen, Steuern bezahlen – und selbstverständlich auch all jenen, die friedlich für ihre politische Meinung demonstrieren.

Aber Basel gehört nicht einer kleinen Minderheit, die glaubt, für sie würden andere Regeln gelten. Darum kämpfen wir für ein Ja. Und darum bitten wir die Basler Bevölkerung am 27. September um ein klares Ja zur Anti-Chaoten-Initiative.